

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 02.06.2017

Landkreistag Saarland: Koalitionsvertrag mit ‚Licht‘ und ‚Schatten‘ für die saarländischen Landkreise

Der Landkreistag Saarland sieht im Koalitionsvertrag von CDU und SPD für die neue Legislaturperiode von Landtag und Landesregierung ‚Licht‘ und ‚Schatten‘, was die geplanten Vorhaben mit kommunalem Bezug betrifft. „Der Vertrag von CDU und SPD für die neue Legislaturperiode enthält gute Ansätze für die saarländischen Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken, in zentralen Punkten wie der Stärkung der Kommunalfinanzen hätten wir uns aber konkretere Ansätze gewünscht“ erklärte der Vorsitzende des Landkreistages nach der heutigen Sitzung des Vorstandes.

Die Absicht der Koalitionsparteien, eine Funktionalreform anzugehen, wird vom Landkreistag nachhaltig unterstützt. Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken sollen im Rahmen einer Funktionalreform als Plattform zur interkommunalen Zusammenarbeit genutzt werden. „Wir sind der natürliche Partner der Städte und Gemeinden, wenn es um die gemeinsame Erledigung und die Zusammenführung von Aufgaben im kommunalen Bereich geht“ stellte Landrat Udo Recktenwald fest. Schon jetzt gebe es in den Landkreisen im Dialog mit den Städten und Gemeinden Ansätze und Initiativen zur interkommunalen Zusammenarbeit. Wenn das

Land nunmehr beabsichtige, diese regionalen Ansätze im Sinne einer landeseinheitlichen Struktur zu vertiefen und zu verstetigen, sei das aus kommunaler Sicht der richtige Weg.

Positiv zu bewerten ist aus Sicht des Landkreistages auch, dass auf der Ebene der Landkreise und des Regionalverbandes keine Gebietsreform durchgeführt wird. „Wir wissen aus wissenschaftlichen Untersuchungen, dass eine Gebietsreform nicht die erhofften finanziellen Erfolge bringt und auch negative Folgen für die demokratische Kultur haben kann“ begründete der Vorsitzende Udo Recktenwald die Haltung des Landkreistages. Insofern sei das Vorgehen der Koalitionsfraktionen an dieser Stelle der richtige Weg.

Im Ansatz positiv zu bewerten ist die Ankündigung im Koalitionsvertrag, dass sich das Land angesichts der hohen Aufwendungen der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken im Sozialbereich und in der Jugendhilfe für eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern einsetzen will. „Wir treten allerdings für die weitergehende Lösung einer Beteiligung der Landkreise an der Umsatzsteuer ein“, so Landrat Udo Recktenwald. Angesichts der Abhängigkeit der Bundeshilfen von den jährlichen Haushaltsbeschlüssen im Bund sei das die verlässlichere Alternative.

Seit 1997 sind die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen nach Berechnungen des Deutschen Landkreistages bundesweit um 133 % gestiegen auf einen Rekordwert von 53,8 Mrd. Euro, auf der kommunalen Ebene verteilt im Verhältnis 8 : 1 zwischen Landkreisen und Gemeinden. Auf den kommunalen Bereich, also auf Landkreise, Städte und Gemeinden, entfallen bundesweit 23 % aller öffentlichen Ausgaben, aber nur 14 % der Steuereinnahmen. „Angesichts dieser Datenlage erklärt sich die Position des Landkreistages für eine Kreisbeteiligung an der Umsatzsteuer von selbst“, kommentierte Landrat Udo Recktenwald die Situation. Es könne nicht gut gehen, dass auf Dauer die wesentlichen sozialen Leistungen bundesrechtlich vorgegeben werden und überwiegend kommunal finanziert werden müssten.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Aussicht gestellte ungekürzte Weiterreichung von Bundesmitteln zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen und eventuell weiterer Bundesmittel für Kommunen wird vom Landkreistag begrüßt. „Bedauerlich hingegen ist, dass der Koalitionsvertrag für die kommunale Ebene keine finanziellen Mittel aus der Entlastung des Saarlandes durch die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs ab 2020 in Aussicht stellt“ konstatierte der Vorsitzende des Landkreistages. Hier enthalte der Koalitionsvertrag lediglich eine offene Absichtserklärung und sei damit im Hinblick auf die Abmilderung der kommunalen Finanznot im Saarland unbefriedigend.

„Der Landkreistag Saarland wird in den nächsten fünf Jahren die neue Landesregierung konstruktiv, aber auch im Interesse der saarländischen Landkreise und des Regionalverbandes kritisch begleiten“, so Landrat Udo Recktenwald abschließend. Den Mitgliedern der neuen Landesregierung und den Fraktionen im saarländischen Landtag bot er hierzu den offenen Dialog und die gute Zusammenarbeit an. Ziel bleibe, die kommunale Selbstverwaltung und die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit sozialen und kommunalen Dienstleistungen auf Dauer im Saarland zu stärken und zu sichern.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer,

Tel: 0681-9509450 oder 0175-2030080